

Aus der Sitzung der Stadtbürgerschaft vom 05. April 2011

+++ Steinbrecheranlage am Waller Feldmarksee gestoppt +++

„Nur einen Steinwurf vom Waller Feldmarksee und den vielen Kleingärten entfernt sollte nach dem Willen des Umweltressorts eine Steinbrecheranlage ihre Arbeit aufnehmen, deren Lärm- und Staubemissionen die Erholung der Menschen dort dauerhaft zunichte gemacht hätte. Vom LKW-Lieferverkehr für diese Anlage ganz zu schweigen. Das ist weder den Familien mit ihren Kindern, die als Badegäste an den See kommen, noch den Kleingärtnern im Bremer Westen zuzumuten“, so der baupolitische Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion und Waller-Stadtteilabgeordnete, Jürgen Pohlmann. Die Stadtbürgerschaft hat deshalb heute auf Initiative der SPD den Senat aufgefordert, den bislang gültigen Bebauungsplan aus dem Jahr 1974 zu überarbeiten und damit die geplante Aufstellung der Steinbrecheranlage gestoppt. „Wir wollen Mehrbelastungen durch die Neuansiedlung von Betrieben der Abfall- und Entsorgungswirtschaft für die Zukunft ein für allemal ausschließen und erwarten, dass das Planungsrecht für dieses Gebiet so geändert wird, dass keine weiteren Betriebe dieser Art zwischen Waller Fleet, dem Maschinenfleet und der Waller Straße zugelassen werden. Der Bremer Westen darf nicht zum `Mülleimer von Bremen` werden“, so Pohlmann. Das sei im Übrigen ein großer – wenn auch später – Erfolg für die Bevölkerung im Bremer Westen, sowie für die Kleingartenvereine und Initiativen, die sich schon jahrelang für den Erhalt des Naherholungsgebiets Waller Feldmark engagierten. Denn bereits in der „Ampel-Koalition“, hatte der damalige grüne Umweltsenator fest zugesagt, dass an diesem Standort keine weiteren störenden Anlagen errichtet werden sollten. Der Antrag wurde heute mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der Linkspartei sowie der Gruppe der FDP verabschiedet: „Nur die CDU hat nicht den Mut gefunden, sich hier für die Belange der Waller Bürgerinnen und Bürger einzusetzen und hat sich stattdessen für die Genehmigung dieser Monster-Schredderanlage am Waller Feldmarksee ausgesprochen.“

+++ Transparentes Verfahren bei der Vergabe des Kita-Betriebes +++

Mit einem interfraktionellen Antrag haben sich SPD, Grüne und CDU dafür stark gemacht, dass der Senat ein Konzept vorlegt, in dem die Kriterien der Vergabe des Betriebes von Kindertagesstätten festgelegt werden. Auch der zeitliche Ablauf einer Ausschreibung an potenzielle Träger soll konkretisiert werden. Einen entsprechenden Beschluss hat bereits der Jugendhilfeausschuss gefasst. Karin Garling, sozialpolitische Sprecherin der SPD-Bürgerschaftsfraktion erklärte: „Wir wollen auch bei einem geplanten zeitlich befristeten Betrieb der Kita ein gleiches Verfahren der Ausschreibung.“ Beim befristeten Betrieb auf dem Gelände des Klinikums Bremen-Mitte sei aber entgegen des Eindrucks in der Öffentlichkeit die Aufforderung zur Interessenbekundung an alle möglichen Träger erfolgt. „Vor dem Hintergrund unseres kontinuierlichen weiteren Ausbaus in der Kindertagesbetreuung“, so Garling, „wird diese von uns im Antrag benannte Konkretisierung im Verfahren hilfreich sein.“

+++ Erreichbarkeit des GVZ mit öffentlichem Personennahverkehr +++

„Welche Verkehrsmittel nutzen die im Güterverkehrszentrum Beschäftigten zum Erreichen ihres Arbeitsplatzes?“, wollte die Abgeordnete Karin Bohle-Lawrenz vom Senat wissen. „Wie wird gewährleistet, dass im GVZ tätige und auf den öffentlichen Personennahverkehr angewiesene Menschen ihre Arbeitsplätze auch in den Tagesrandzeiten und an Wochenenden in angemessener Zeit erreichen oder verlassen können?“ Der Senat antwortete, dass Autos, ..

Busse und in geringem Umfang das Fahrrad genutzt würden. Die Taktfrequenz der Busse sei erhöht worden auf einen Viertelstunden- bzw. Halbstundentakt in den Randzeiten. Bohle-Lawrenz: „Zu den Schichtwechseln besteht allerdings auch am Wochenende ein Bedarf, denn es stellt sich die Frage, ob es dem Arbeitnehmer zuzumuten ist, vier Kilometer vom Hochregallager aus zu den Arbeitsplätzen zu laufen. Außerdem sind durch den Wegfall der Linie 63 am Wochenende die Wohngebiete Warturmer Platz und Visbeker Straße nicht erreichbar.“ Ideal sei daher eine Lösung des Problems entsprechend der Anbindung in Strom.

+++ Engagement der Anlieger der Ihle gelobt +++

Die Bürgerschaft stimmte heute der Änderung des Flächennutzungsplanes und dem Bebauungsplan 1271 rund um das ehemalige Heidbergbad zu. Durch bereits erfolgte Beschlüsse der Bau-Deputation wird Baurecht geschaffen, das die Entwicklung des Stadtteils Burglesum ermöglicht. „Dank der intensiven Begleitung der Nachbarn, insbesondere der Menschen, die hinter den geplanten Maßnahmen an der Ihle leben, ist ein Fehler in der Berechnung der Durchflussmengen des Wassers festgestellt worden. Die folgende Untersuchung hat dann aber ergeben, dass es sogar zur Verbesserung kommen kann. Ich möchte ausdrücklich das Engagement der Anlieger loben“, so der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Fraktion und örtliche Abgeordnete Reimund Kasper. „Natur, in diesem Fall der Wasserlauf der Ihle, genießt einen besonderen Schutz und die besondere Aufmerksamkeit der Bevölkerung. Ich bin mir sicher, dass die Verwaltung alle Bedürfnisse von Mensch und Natur abprüft, abwägt und einen unangreifbaren Planfeststellungsbeschluss beschneiden wird.“

Anträge und Anfragen hierzu sind unter www.spdfraktion-bremen.de (Aktuelles) nachzulesen.